

Ressort: Politik

Experte äußert verfassungsrechtliche Zweifel an SPD-Plan zur Soli-Abschaffung

Berlin, 11.07.2017, 00:00 Uhr

GDN - An dem Plan des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz zur Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages gibt es erhebliche Zweifel. Wie die "Bild" (Dienstag) berichtet, sieht Hanno Kube, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg, in einer sozialen Staffelung der Abgabe die Belastungsklarheit von Einkommen verletzt.

In einem Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft schreibt er der Zeitung zufolge: "Eine zunächst nur selektive Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen wäre dagegen verfassungsrechtlich problematisch." Nach dem SPD-Wahlprogramm soll Solidaritätszuschlag ab 2020 zunächst nur für Einkommen von bis zu 52.000 Euro abgeschafft werden, um diese Einkommensgruppen zu entlasten. Kube hält es für erforderlich, "die gewünschte soziale Staffelung in die Bemessungsgrundlage oder den Tarif der Einkommensteuer einzuarbeiten und den aufgesattelten Solidaritätszuschlag für alle Steuerpflichtigen gleichmäßig abzuschmelzen". Nur so bliebe die Belastungsklarheit gewahrt und könnten willkürliche Belastungssprünge vermieden werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-91879/experte-aeussert-verfassungsrechtliche-zweifel-an-spd-plan-zur-soli-abschaffung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619